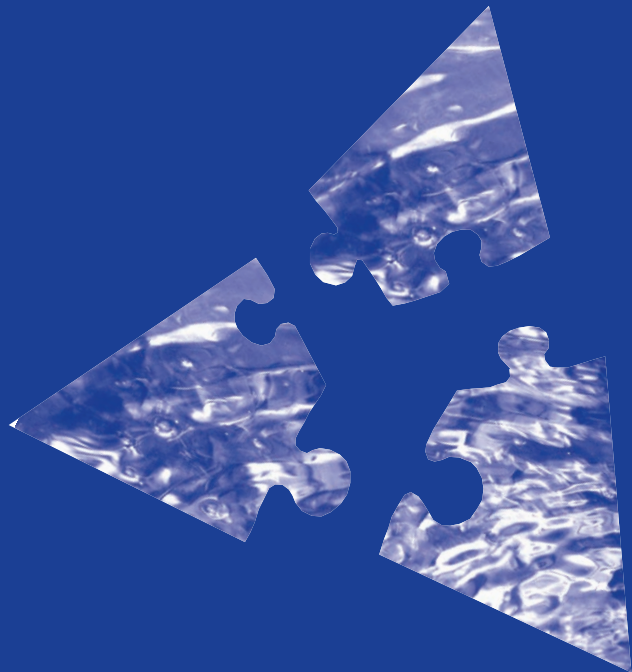


# Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik

Öffentlich-private Partnerschaften  
und internationale Entwicklungs-  
zusammenarbeit



**institut universitaire**  
graduate institute  
**d'études du développement**  
of development studies

| Band 24 Nr. 2 |

---

# Inhaltsverzeichnis

---

## Einführung

---

Öffentlich-private Partnerschaften: Bedeutung und Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit <i>Catherine Schümperli Younossian</i> <i>in Zusammenarbeit mit Edouard Dommen</i>	11
--	----

---

## 1. Entstehungsgeschichte und Umriss des Konzeptes

---

Akkumulationslogik versus Entwicklungslogik: die Bedeutung der neuen öffentlich-privaten Partnerschaften <i>Frédéric Lapeyre</i>	25
--	----

Öffentlich-private Partnerschaften – ein tragfähiges Konzept entwicklungspolitischer Mitverantwortung der Privatwirtschaft? <i>Peter Ulrich und Florian Wettstein</i>	45
---	----

<b>Anhang</b> Die zehn Prinzipien des UN-Global Compact	58
--	----

---

## 2. Die öffentlich-privaten Partnerschaften und die Entwicklungszusammenarbeit

---

Mit der Privatwirtschaft die Millenniums-Entwicklungsziele erreichen? Beiträge von DEZA und seco <i>Brigitte Chassot Gétaz und Kathi von Däniken</i> <i>in Zusammenarbeit mit Thomas Zeller</i>	61
--	----

<b>Anhänge</b> – Leitlinien für die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor (DEZA)	77
– Das seco und die Mobilisierung von Mitteln des Privatsektor zur Armutsbekämpfung	78

Öffentlich-private Partnerschaften – ein Ansatz zur Verbesserung der Infrastrukturversorgung <i>Werner Gruber und Dieter Rothenberger</i>	79
---	----

Die Praxis öffentlich-privater Partnerschaften in der deutschen und der französischen Entwicklungszusammenarbeit <i>Xavier Tschumi Canosa</i>	97
---	----

Integration des Privatsektors in die Entwicklungszusammenarbeit des Kantons Genf <i>Gespräch mit Sylvie Cohen</i>	111
--	-----

<b>Anhang</b> – AGENDA 21 Referenzdokument des Staates Genf – Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit	117
--	-----

---

### 3. Probleme und Herausforderungen. Standpunkte verschiedener Akteure

---

Privatisierung des Krieges und Auslagerung öffentlicher Dienstleistungen: Herausforderungen für die humanitäre Aktion <i>Gilles Carbonnier</i>	121
Die Relevanz von Multisektor-Partnerschaften für den Privatsektor und Partnerschaftserfahrungen bei Holcim <i>Stefanie Koch</i>	131
Wie sind Rentabilität und Entwicklung zu vereinen? Öffentlich-private Partnerschaften aus der Sicht einer Nichtregierungsorganisation <i>Christine Eberlein</i>	145
Öffentlich-private Partnerschaft im Wassersektor des Nigers: Kartographie einer Reform <i>Mahaman Tidjani Alou</i>	165
Gemeinsames staatlich-kollektives Wassermanagement in Cochabamba, Bolivien <i>Sabine Hoffmann</i>	183

---

### 4. Hintergrundinformation

---

Öffentlich-private Partnerschaften und Entwicklungspolitik Kommentierte Bibliographie <i>Judith Richter</i>	197
---	-----

---

# Die Praxis öffentlich-privater Partnerschaften in der deutschen und der französischen Entwicklungszusammenarbeit

Xavier Tschumi Canosa\*

---

## Kontext

---

Die Millenniums-Entwicklungsziele (*Millennium Development Goals*, MDG) sind für alle Geberländer zum Brennpunkt ihrer Politik internationaler Entwicklungszusammenarbeit geworden. Für diese Länder sind die „politischen, finanziellen und technischen Auswirkungen (der MDG) beträchtlich“<sup>1</sup>, jedoch drückt sich ihr politisches Engagement bislang noch nicht in der öffentlichen Entwicklungshilfe aus, die – anteilmässig am Bruttonationaleinkommen – offensichtlich stagniert.

Da die Geberländer mit begrenzten Mitteln immer mehr erreichen müssen, waren sie bestrebt, ihre öffentliche Hilfe effizienter zu machen. Hierzu unterzeichneten sie im Februar 2003 die Erklärung von Rom über die Harmonisierung der Hilfe, welche darauf abzielt, die Verfahren und Praktiken der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu vereinfachen. Im März 2005 billigten die Mitgliedsländer des OECD-Entwicklungshilfeausschusses (DAC) die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe. Diese beruht auf dem in Rom ausgearbeiteten Aktionsplan und schliesst die Verwaltungsgrundsätze ein, die auf die im Februar 2004 in Marrakesch vorgeschlagenen Resultate ausgerichtet sind.

Jedoch wird, über die Budgetzwänge hinaus, die Rolle des öffentlichen Sektors sowohl in den Geberländern als auch in den Empfängerländern in Frage gestellt. Im Zuge dieser Dynamik wird der öffentliche Sektor immer mehr in Aufsichtsfunktionen gedrängt, während der operationelle Bereich zunehmend dem privaten Sektor zufällt, da er als effizienter und bei der Durchführung gewisser Entwicklungsprojekte kompetenter als der öffentliche Sektor angesehen wird.

All diese Faktoren tragen zur Errichtung öffentlich-privater Partnerschaften (*Public-Private Partnerships*, PPP) bei. Diese erscheinen in der Tat als eine natürliche Antwort auf die enormen finanziellen Mittel, die zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele erforderlich sind, wie auch auf das Streben nach gesteigerter Effizienz der Hilfe, wobei sie gleichzeitig den Druck auf die

\* Wissenschaftlicher Mitarbeiter am IUED.

<sup>1</sup> Jean-Michel Severino und Olivier Charnoz, „Les ‚mutations imprévisibles‘ : état des lieux de l'aide publique au développement“, Zusammenfassung des in der Zeitschrift *Afrique contemporaine* (Nr. 213/2005-1) erschienenen Artikels, Juni 2005, S. 2. – Alle in diesem Artikel angeführten Zitate aus nichtdeutschen Quellen wurden von uns übersetzt (Anmerkung des Herausgebers).

nationalen Budgets verringern und die Rolle des öffentlichen Sektors reduzieren. „An erster Stelle der zu prüfenden Antworten steht eine Logik, die sich von jener der direkten Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele unterscheidet, nämlich die öffentliche Entwicklungshilfe als Katalysator der innerstaatlichen und internationalen Entwicklungsfinanzierungsflüsse zu betrachten.“<sup>2</sup>

Trotz unbestreitbarer Erfolge weist die Praxis der öffentlich-privaten Partnerschaften indes eine gemischte und umstrittene Bilanz auf. Welche Bedeutung haben diese Partnerschaften in der deutschen und der französischen Entwicklungszusammenarbeit, und bis zu welchem Grad erweisen sie sich als relevant für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele? Diese beiden Fragen versucht der vorliegende Artikel zu beantworten.

## Einsatz der PPP in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

---

### Die institutionelle Organisation der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Die öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) als Instrument deutscher Entwicklungshilfe sind in einen institutionellen Rahmen und in eine Politik eingebettet, die hier kurz beschrieben werden sollen, bevor sie im folgenden Abschnitt im Einzelnen analysiert werden.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist institutionell für die Planung, Überwachung und Evaluierung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verantwortlich.

Zur Umsetzung seiner Projekte bilateraler Zusammenarbeit vergibt das BMZ Aufträge an deutsche Ausführungsträger, von denen die beiden wichtigsten die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und die Entwicklungsbank der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sind.

Bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau ist neben der Entwicklungsbank noch die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) zu erwähnen. Sie hat den Auftrag, sich mit vom BMZ bereitgestellten Mitteln an der Finanzierung und Strukturierung privater Unternehmen in allen Wirtschaftszweigen der Entwicklungs- und Transitionsländer zu beteiligen.

Die derzeitige Politik der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beruht vor allem auf dem *Aktionsprogramm 2015* (AP 2015), das von der Bundesregierung im April 2001 verabschiedet wurde. Das Programm stellt den deutschen Beitrag zum wichtigsten Millenniums-Entwicklungsziel dar, nämlich die extreme Armut bis zum Jahr 2015 in der Welt zu halbieren. Das Aktionsprogramm soll durch eine Umsetzungsstrategie, die sich im August 2005 noch in Ausarbeitung befand, in die Praxis umgesetzt werden. (Länder, Bereiche und Instrumente der deutschen Entwicklungshilfe sollen darin nach Prioritäten festgelegt werden.)

<sup>2</sup> Ibid.

## Grundlage und Mittel zur Umsetzung der PPP durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Anfang der 90er Jahre hatte das BMZ einen Orientierungsrahmen zur Förderung der Entwicklung der Privatwirtschaft in den Partnerländern konzipiert, der sich damals an die lokalen Unternehmen richtete. Im September 1996 arbeitete das Ministerium ein sektorübergreifendes Konzept zur Privatwirtschaftsförderung in den Partnerländern<sup>3</sup> aus. Dieses Konzept ersetzt den Orientierungsrahmen und umfasst nunmehr nicht nur lokale Unternehmen, sondern auch die deutschen Unternehmungen, mit denen bereits Formen von Partnerschaften präsentiert werden.

1999 beschloss das BMZ, die erste Phase einer finanziellen Pilotfazilität (PPP-Fazilität)<sup>4</sup> umzusetzen, die eine Laufzeit von drei Jahren hatte und verlängerbar war. Die zweite Phase der Fazilität wurde 2002 eingeleitet und steht Firmen aus der gesamten Europäischen Union offen (während die erste Phase nur deutschen Unternehmen offenstand). Die vom privaten Partner investierten Beträge müssen mindestens 50 Prozent des Gesamtbetrags des PPP-Projekts erreichen, und die Ausgaben müssen in höchstens drei Jahren getätigt werden. Die öffentlichen Aufwendungen der Fazilität werden vorerst nicht in den Quoten der bilateralen technischen und finanziellen Zusammenarbeit Deutschlands berücksichtigt, jedoch bleibt dies ein längerfristiges Ziel.

Gemäss den vom BMZ im Januar 2001 erstellten Richtlinien<sup>5</sup> sieht die Fazilität auf Seiten des öffentlichen Partners den Einsatz der GTZ, der DEG und der KfW und auf Seiten des privaten Partners den Einsatz der Stiftung für wirtschaftliche Entwicklung und berufliche Qualifizierung (SEQUA) vor.

Die deutsche Privatwirtschaft verfügt ebenfalls über ein entwicklungspolitisches Forum, die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitik der Deutschen Wirtschaft (AGE). Diese setzt sich aus Vertretern verschiedener Verbände (Industrie, Handwerk, Banken, usw.) zusammen und hat zum Ziel, die Interessen der Verbände zu koordinieren und sie gegenüber den politischen Akteuren sowie den in diesem Politikbereich tätigen öffentlichen Organen zu vertreten. Die von der AGE organisierten Jahrestagungen, wie die Jahrestagung 2003<sup>6</sup>, sind regelmässig den öffentlich-privaten Partnerschaften gewidmet, da die PPP von diesem Forum als Erfolgsmodell angesehen werden, das zu einem Kernelement der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden soll. Am Ende der ersten Phase der Fazilität im Jahr 2002 hat sich das BMZ im Übrigen mit der AGE darauf verständigt, sein PPP-Programm weiter auszubauen.

<sup>3</sup> BMZ, *Privatwirtschaftsförderung in den Partnerländern des BMZ. Sektorübergreifendes Konzept*, BMZ Aktuell, Nr. 071, September 1996, 14 S.

<sup>4</sup> „Förderung entwicklungswichtiger Beiträge der deutschen Wirtschaft und ihrer Einrichtungen“, in Tilman Altenburg und Tatjana Chahoud, „Bilanz der ersten Jahre“, „Schwerpunkt. Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft“, *E+Z*, Nr. 4, 2003, S. 144.

<sup>5</sup> BMZ, *Public-Private-Partnership. Guidelines für Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft (PPP), finanziert aus den Haushaltstiteln 68711, 68712 oder 68788*, Bonn, BMZ, Januar 2001.

<sup>6</sup> AGE, *Public Private Partnership. Quo Vadis? Chancen und Herausforderungen für die zukünftige Gestaltung von Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft*, Konferenzbericht, Berlin, November 2003, 93 S., verfügbar unter <[www.age-berlin.de](http://www.age-berlin.de)>.

Die im Rahmen des *Aktionsprogramms 2015* umgesetzten PPP-Projekte betreffen auch die kleinen und mittleren Unternehmen in den Partnerländern der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Diese Kleinprojekte, die in den Rahmen des *Süd-PPP-Programms* fallen, haben eine Höchstdauer von einem Jahr. Der Anteil öffentlicher Finanzierung liegt maximal zwischen 1000 und 10'000 Euro, die private Finanzierung entspricht mindestens der Hälfte des Gesamtbetrags. Die Verwaltung des Projekts erfolgt auf lokaler Ebene.

Die Massnahmen zur staatlichen Förderung der PPP-Projekte sind der Prüfung von fünf Kriterien unterworfen, deren Gewichtung von Fall zu Fall beschlossen wird und die auch die entwicklungspolitischen Grundsätze des BMZ sind: Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaat und Rechtssicherheit, Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozess, Schaffung einer marktfreundlichen und sozial orientierten Wirtschaftsordnung, Entwicklungsorientierung des staatlichen Handelns.

Weitere Bedingungen<sup>7</sup> müssen erfüllt werden, damit ein PPP-Projekt vom öffentlichen Sektor finanziert wird:

- Das Projekt muss den festgesetzten entwicklungspolitischen Zielen, zumindest für das Land und die betroffenen Bereiche entsprechen.
- Die öffentliche und die private Finanzierung des Projekts müssen sich einander ergänzen, so dass jeder Partner in der öffentlich-privaten Partnerschaft seine Ziele wirksamer, rascher und kostengünstiger erreichen kann, als wenn er das Projekt allein unternehmen würde.
- Die öffentliche Finanzierung des Projekts darf nur gewährt werden, wenn die private Finanzierung davon abhängt, das heisst wenn sie nicht ohne öffentliche Finanzierung ausgezahlt würde (Subsidiarität der öffentlichen Finanzierung).
- Das PPP-Projekt muss den Anforderungen betreffend Neutralität und Transparenz im Wettbewerb zwischen Privatunternehmen entsprechen.
- Die private Finanzierung muss im Verhältnis zur öffentlichen Finanzierung so hoch wie möglich sein (Maximierung der Hebelwirkung).

### Kritischer Blick auf die PPP der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Die PPP-Fazilität finanziert bei weitem nicht alle Entwicklungsprojekte in öffentlich-privaten Partnerschaften. Gemäss dem *Zwölften Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung*<sup>8</sup> wurden zwischen 1999 und 2004 insgesamt über 1700 Entwicklungsprojekte in PPP mit einem Gesamtvolumen von 8,5 Milliarden Euro durchgeführt. Davon wurden 5,5 Milliarden von privaten Partnern und 3 Milliarden von öffentlichen Partnern aufgebracht. Demnach scheinen die errichteten PPP unbestreitbar einen Erfolg darzustellen, besonders was die Hebelwirkung der öffentlichen Finanzierung auf die private Finanzierung betrifft.

<sup>7</sup> BMZ, *Gemeinsam Entwicklung gestalten, Partnerschaften zwischen privater Wirtschaft und öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit*, Bonn, BMZ, 2001, S. 5.

<sup>8</sup> BMZ, *Zwölfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung*, Materialien, Nr. 131, Bonn, BMZ, Mai 2005, S. 170-171.

Von der Gesamtheit der öffentlichen und privaten Beiträge wurden rund 700 Kleinprojekte durch die PPP-Fazilität mit (nur) 300 Millionen Euro finanziert. Etwa 800 grössere Projekte bilateraler technischer und finanzieller Zusammenarbeit wurden in öffentlich-privaten Partnerschaften zu einem Betrag von über 1,5 Milliarden Euro finanziert. Die restlichen (234) Projekte sind Vorhaben der DEG und machen rund 6,7 Milliarden Euro aus.

Diese Zahlen werfen eine Reihe Fragen auf, deren Beantwortung den augenscheinlichen Erfolg der im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit etablierten öffentlich-privaten Partnerschaften stark nuanciert. Uwe Hoering<sup>9</sup>, ein in entwicklungspolitischen Fragen spezialisierter freier Journalist, identifiziert drei Hauptfragen.

Die erste Frage betrifft die Projekte der DEG, die zwar rund 80 Prozent des in PPP finanzierten Gesamtbetrags ausmachen, aber in Wirklichkeit grösstenteils konventionelle Massnahmen zur Finanzierung von Investitionen privater Unternehmen sind. Sind diese Projekte wirklich PPP-Projekte, und wenn ja, entsprechen sie dann den oben aufgeführten Kriterien und Bedingungen? In gewissem Masse sicherlich, dennoch scheint es schwierig, zu garantieren, dass sie den entwicklungspolitischen Zielsetzungen entsprechen, was eine Schlüsselbedingung der vom BMZ im PPP-Bereich festgesetzten Leitlinien ist: „In jedem Einzelfall müssen entwicklungspolitische Zielsetzungen Ausgangspunkt für die PPP-Massnahmen sein.“<sup>10</sup> Eine Studie über die strategischen Allianzen zwischen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und der Privatwirtschaft<sup>11</sup> führt verschiedene Beispiele im Zusammenhang mit der DEG an. Die meisten von ihnen enthalten zwar eine Entwicklungskomponente, am häufigsten im Bereich Umweltschutz und Schutz der natürlichen Ressourcen, jedoch vermittelt ihre Beschreibung den klaren Eindruck, dass das Prinzip der Subsidiarität der öffentlichen Finanzierung nicht immer eingehalten wird<sup>12</sup>.

Die zweite Frage betrifft den Anteil privater Finanzierung bei Projekten bilateraler Entwicklungszusammenarbeit, die von der GTZ und der Entwicklungsbank der KfW durchgeführt wurden. Die Mobilisierung privater Mittel für diese in PPP finanzierten Projekte war in Wirklichkeit sehr begrenzt (einige zig Millionen Euro bei einer Gesamtsumme von 1,5 Milliarden Euro). Diese Situation steht in starkem Gegensatz zur ursprünglich präsentierten Situation. Die Aufbringung privater Mittel hängt von den von jedem Projekt tangierten

<sup>9</sup> Uwe Hoering, „Panacea PPP: Public Private Partnerships in German Development Co-operation“ (Zusammenfassung von „Zauberformel PPP“. „Entwicklungspartnerschaften“ mit der Privatwirtschaft. *Ausmass – Risiken – Konsequenzen*, WEED Arbeitspapier, Bonn, Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V., World Economy, Ecology and Development [WEED], Oktober 2003, 46 S.), S. 2.

<sup>10</sup> BMZ, *Public-Private-Partnership. Guidelines für Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft (PPP)*, op. cit., S. 1.

<sup>11</sup> Elke Demtschück, *Strategische Allianzen zwischen Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit*, DIE Studien, Nr. 5, Bonn, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2004, 144 S.

<sup>12</sup> Das Projekt betreffend die Verwendung von Kokosfasern und Naturkautschuk bei der Herstellung von Autoreifen in Brasilien ist ein gutes Beispiel dafür. Gewiss konnten sich Kleinbauern am ökologischen Anbau dieser natürlichen Produktionsmittel beteiligen, und in der Fabrik, die von der brasilianischen Tochtergesellschaft von Mercedes-Benz ausgerüstet und finanziert wurde, konnten effektiv eine gewisse Anzahl von Arbeitsplätzen geschaffen werden. Wenn aber, wie dies hier der Fall ist, 87 Prozent der Projektkosten vom privaten Partner getragen werden, hätte dieser das Projekt dann nicht auch ohne die begleitende öffentliche Finanzierung unternommen?

Bereichen ab, wobei Infrastruktur sowie Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wahrscheinlich diejenigen Bereiche sind, für welche die Finanzierung durch den Privatsektor am häufigsten ist. (So zeigen die Statistiken der Entwicklungsbank der KfW beispielsweise, dass jedes zweite Projekt finanzieller Zusammenarbeit im Wassersektor nach dem System einer öffentlich-privaten Partnerschaft funktioniert.)

Die dritte Frage hängt mit dem Ziel der Armutsminderung zusammen, das die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, wie übrigens alle Mitgliedsländer des DAC, an die Spitze ihrer politischen Agenda gesetzt hat. Jedoch muss festgestellt werden, dass zum Beispiel die Bereiche Gesundheit, Erziehung oder ländliche Entwicklung auf der Liste der durch PPP finanzierten Projekte nur ganz am Rande vertreten sind, während sie sich bei der Verwirklichung des Armutsminderungsziels doch als von entscheidender Bedeutung erweisen. Dasselbe gilt für die Länder, in denen die Projekte abgewickelt werden. Es sind nicht die ärmsten Länder, sondern Länder, die a priori Zugang zu anderen Finanzierungsquellen als den sich aus dem PPP-Mechanismus ergebenden Quellen hätten. „*These two indicators (countries, areas) reveal that, by and large, the public funds follow the private flow of investments instead of helping to channel these investments to where they would be required for poverty alleviation.*“<sup>13</sup> (Diese beiden Indikatoren (Länder, Gebiete) zeigen, dass im Grossen und Ganzen die öffentlichen Mittel dem privaten Investitionsfluss folgen, anstatt dazu beizutragen, diese Investitionen dahin zu kanalisieren, wo sie zur Armutsminderung benötigt würden).

Das Beispiel der strategischen Partnerschaft zwischen der GTZ und dem Schweizer Zementhersteller Holcim<sup>14</sup> ist typisch für diese PPP, deren Ziel nur entfernt zum wichtigsten Millenniums-Entwicklungsziel beiträgt. Diese im Jahr 2003 für drei Jahre abgeschlossene Partnerschaft ist mit einem Finanzrahmen von 960'000 Euro ausgestattet, der von beiden Partnern zu gleichen Teilen getragen wird. Die Partnerschaft bezweckt die Verwendung hochenergetischer Abfälle, die sich aus dem Zementherstellungsprozess ergeben, als Brennstoffe, und trägt dadurch zur Bewältigung der durch diese Abfälle zuvor verursachten ökologischen und sanitären Probleme bei. Das Projekt wird in vier Ländern mit mittlerem Einkommen (gemäss DAC-Klassifikation) durchgeführt, und zwar in Chile, Mexiko, Marokko und auf den Philippinen. Obwohl nicht zu leugnen ist, dass die Umsetzung der Projekte dieser strategischen Partnerschaft positive Ergebnisse mit sich bringt und auf verschiedenen Ebenen (insbesondere im Umweltbereich) auch weiterhin mit sich bringen wird, erscheint es offensichtlich, dass die Auswirkungen in Bezug auf die Armutsminderung wahrscheinlich bedeutungslos sein werden.

<sup>13</sup> Uwe Hoering, *Panacea PPP, Public Private Partnerships in German Development Corporation*, op. cit., S. 2, (von uns übersetztes Zitat).

<sup>14</sup> Siehe dazu den Beitrag von Stefanie Koch in diesem Dossier, „Die Relevanz von Multisektor-Partnerschaften für den Privatsektor und Partnerschaftserfahrungen bei Holcim“.

### Das französische System internationaler Entwicklungszusammenarbeit

Auch im Fall Frankreichs ist es relevant, zuerst die institutionelle Organisation und die Strategien der französischen Entwicklungszusammenarbeit kurz zu präzisieren, bevor die Stellung der PPP in diesem Rahmen ausführlicher untersucht wird.

Die beiden Pole der französischen Entwicklungszusammenarbeit sind das Außenministerium (Ministère des affaires étrangères, MAE) und das Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Industrie (Ministère de l'économie, des finances et de l'industrie, MINEFI). Um die Koordination zwischen beiden Ministerien zu gewährleisten, bestimmt der interministerielle Ausschuss für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (Comité interministériel de la coopération internationale et du développement, CICID) die strategischen Ausrichtungen der französischen Entwicklungspolitik, wobei er auch die Übereinstimmung dieser Politik mit den festgesetzten Zielen verfolgt und evaluiert.

Eine weitere Aufgabe des Ausschusses ist die Abgrenzung der so genannten „Zone prioritärer Solidarität“ (zone de solidarité prioritaire, ZSP)<sup>15</sup>, in der die französische Entwicklungsagentur (Agence française de développement, AFD) die Rolle des zentralen Trägers der bilateralen Entwicklungshilfeprojekte spielt. Diese – unter der gemeinsamen Vormundschaft der beiden oben genannten Schlüsselministerien des Systems stehende – Agentur nimmt die Funktion einer Entwicklungsbank zugunsten der Länder der Solidaritätszone (ZSP) wahr und trägt die Verantwortung für die Umsetzung der Entwicklungshilfeprojekte in bestimmten Bereichen, namentlich betreffend die Förderung des Privatsektors.

Das letzte Element im französischen System der Entwicklungszusammenarbeit, der Hohe Rat für internationale Zusammenarbeit (Haut Conseil de la coopération internationale, HCCI) umfasst einige nationale und lokale gewählte Vertreter, aber vor allem Vertreter der Zivilgesellschaft, die sich am französischen Engagement internationaler Solidarität im weiteren Sinne beteiligen. Das Ziel des Hohen Rates ist, die Abstimmung zwischen den verschiedenen Akteuren der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu fördern und die öffentliche Meinung in Frankreich für die Herausforderungen dieser Zusammenarbeit zu sensibilisieren.

Der Beitrag Frankreichs zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele im Rahmen seiner Entwicklungspolitik wirkt sich in der Praxis durch die Ausarbeitung mehrjähriger Sektorstrategien<sup>16</sup> in sieben prioritären Einsatzbereichen aus. Dabei handelt es sich um die Bereiche Erziehung, Wasser und Sanierung, Gesundheit und Aidsbekämpfung, Landwirtschaft und Nahrungsmittelsicherheit, Infrastruktur in Afrika südlich der Sahara, Schutz der Umwelt und der Biodiversität, Entwicklung des Produktionssektors. Auf der sechsten Tagung des

<sup>15</sup> Diese Zone umfasst gegenwärtig 54 der am wenigsten entwickelten Länder, hauptsächlich in Afrika. Die Liste dieser Länder ist auf der Internetseite des französischen Außenministeriums unter [www.diplomatie.gouv.fr/solidarite/fsp/zone.html](http://www.diplomatie.gouv.fr/solidarite/fsp/zone.html) einzusehen.

<sup>16</sup> Hinzu kommt eine selektivere Länderprogrammation, die der Fähigkeit der betreffenden Länder angepasst ist, die erhaltene Hilfe zu verwalten (auf Leistung basierende Hilfelogik).

interministeriellen Ausschusses für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (CICID) im Mai 2005 wurde beschlossen, dass das Aussenministerium noch eine achte Strategie im Bereich der Regierungsführung ausarbeiten sollte (diese Strategie war im August 2005 jedoch noch nicht erhältlich).

### Die PPP als strategische Stossrichtung der französischen Entwicklungszusammenarbeit

„Die französische Politik der Entwicklungszusammenarbeit ist Teil einer sehr langen Geschichte, die von ihrer kolonialen Vergangenheit, von den engen Beziehungen zwischen öffentlicher Hand und Privatinteressen nicht zu trennen ist, doch ist sie generell mit der Stellung verbunden, die Frankreich auf der internationalen Bühne einzunehmen gedenkt.“<sup>17</sup>

Die sieben Sektorstrategien der französischen Politik der Entwicklungszusammenarbeit beziehen sich alle auf die eine oder andere Form öffentlich-privater Partnerschaft (PPP). Die französische Entwicklungsagentur (AFD) betrachtet diesen Mechanismus als eine prioritäre Stossrichtung ihrer Strategie und stellt fest, dass „fast die Hälfte der von der Gruppe (mit durchschnittlich 1,5 Milliarden Euro im Jahr) bei öffentlichen oder privaten Empfängern in den Entwicklungsländern sowie in den französischen Überseegebieten finanzierten Einsätze Formen von PPP betreffen. (...) Die PPP ist wegen der Vorteile, die sie aufweist, eine Interventionsform, welche die AFD im Bestreben vermehrter Anpassung an die Rahmenbedingungen und die Entwicklungsziele weiterhin zu fördern beabsichtigt.“<sup>18</sup>

Die Stärkung der AFD im PPP-Bereich wird nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht angestrebt. So werden neue Formen erweiterter Partnerschaften mit dem lokalen Privatsektor und der Zivilgesellschaft der Hilfeempfängerländer gefördert, Partnerschaften in neuen Bereichen – wie Berufsausbildung oder Umwelt – ausfindig gemacht und neue Finanzinstrumente – zum Beispiel Garantien von Anleihen in Lokalwährung – angeregt.

Der Einsatz von öffentlich-privaten Partnerschaften im Wasser- und Sanierungssektor ist vielleicht, in Anbetracht der hundertjährigen Praxis dieser Art von Partnerschaft in Frankreich selbst, am wichtigsten. Die Bedeutung und die Grenzen der in diesen Bereichen errichteten PPP werden nachstehend im Einzelnen aufgezeigt.

Schliesslich greifen auch die privaten Unternehmen immer häufiger auf dem Gebiet der humanitären Hilfe ein, auch wenn diese Hilfe nicht durch die oben erwähnten sektoriellen Strategien gelenkt wird. Die Einsätze werden in den meisten Fällen in Partnerschaft oder in Verbindung mit einer Nichtregierungsorganisation (NRO) durchgeführt, die im humanitären Bereich tätig ist und Erfahrung hat. „Die öffentlichen Hände fördern zugleich den Einsatz der Unternehmen im Bereich der humanitären Nothilfe und den Abschluss von Partnerschaften mit NRO oder mit lokalen Körperschaften.“<sup>19</sup>

<sup>17</sup> Jean-Jacques Gabas (dir.), *L'aide publique française au développement*, Etudes de la Documentation française, Paris, La Documentation française, 2005, S. 21, (unsere Übersetzung).

<sup>18</sup> AFD, *Le partenariat public-privé à l'Agence française de développement. Une approche renouvelée*, Paris, AFD, August 2002, S. 8, (unsere Übersetzung).

<sup>19</sup> Internetadresse für humanitäre Nothilfe in Frankreich: <[www.diplomatie.gouv.fr/humanitaire/1035.html](http://www.diplomatie.gouv.fr/humanitaire/1035.html)> acteurs français >entreprises.

## Die französische Position zur Wasser- und Sanierungsfrage

Eines der Millenniums-Entwicklungsziele, das auf dem Erdgipfel in Johannesburg ergänzt wurde, ist speziell dem Wasser gewidmet. Es strebt unter anderem an, „den Anteil der Bevölkerung, die keinen dauerhaften Zugang zur Versorgung mit sauberem Trinkwasser und zu Basissanierungsdiensten hat, bis zum Jahr 2015 zu halbieren.“<sup>20</sup>

Um dieses Ziel zu verwirklichen, ruft der Camdessus-Bericht<sup>21</sup>, der auf dem 3. Weltwasserforum im März 2003 in Kyoto vorgelegt wurde, namentlich die Geldgeber auf, ihre Finanzierung im Wassersektor zu verdoppeln und die Effizienz der Hilfe in diesem Bereich zu steigern, mit dem Bestreben, durch Multi-partnerschaften die Hebelwirkung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf die anderen Entwicklungsfinanzierungsquellen zu maximieren. Frankreich hat diese Empfehlungen des Berichts auf dem G-8-Gipfel in Evian im Juni 2003 übernommen, indem es einen Aktionsplan der G-8 für Wasser und einen Aktionsplan für Afrika zur Annahme brachte und die Verdopplung der französischen Finanzierung für den Wassersektor ankündigte.

Im Jahr zuvor hatten die französischen Akteure<sup>22</sup> des Wassersektors eine Charta über ein Engagement für den Zugang zur Wasserversorgung und zur Sanierung entworfen, in der die Rolle eines jeden Akteurs – öffentliche Behörden und Partner (Zivilgesellschaft, Betreiber und Geldgeber) klargestellt wird. Die Grundgedanken, auf denen diese Charta beruht, sind unter anderem, dass Wasser als Ressource nicht Gegenstand privater Aneignung sein kann, dass die öffentliche Körperschaft unbedingt die Herrschaft über die Infrastruktur und die wichtigsten Gemeinschaftsnetze behalten muss, und dass der Umfang der Investitionen und die hohe Spezialisierung des erforderlichen Fachwissens nötigenfalls den Einsatz von Partnerschaften zwischen mehreren Akteuren – öffentliche Hand, private oder öffentliche Unternehmen und Zivilgesellschaft – voraussetzen<sup>23</sup>.

Auf dieser Grundlage legt die Charta die Rolle der öffentlichen Behörden und den Beitrag der Partner im lokalen Kontext der Wasserversorgungs- und Sanierungsdienste fest. Der Staat, als von den Benutzern anerkannte Hoheitsgewalt, legt den Rechtsrahmen, die Organisation der Befugnisse, die Aufbringung der finanziellen Mittel, die Errichtung nationaler Programme und Solidaritätsmechanismen fest, um den Zugang aller zur Wasserversorgung und zur Sanierung konkret zu fördern<sup>24</sup>. Hierzu kann der Staat auf die organisierenden Behörden im Umfeld zählen, die darüber wachen, dass die Programme, die Tarife und die Bewirtschaftungsweise den lokalen Realitäten und Erwartungen entsprechen. Was den Beitrag eines jeden Partners betrifft, so präzisiert die Charta den Beitrag der Benutzer, die ihre Wünsche mitteilen und zugleich die ihnen erbrachte

<sup>20</sup> CICID, „Stratégie sectorielle eau et assainissement“, Paris, Mai 2005, S. 1. (unsere Übersetzung).

<sup>21</sup> Panel mondial sur le financement des infrastructures de l'eau, *Financer l'eau pour tous*, Rapport du panel présidé par Michel Camdessus, 2003, 72 S.

<sup>22</sup> Staat und Gebietskörperschaften, öffentliche und private Unternehmen, Wasseragenturen, Hochschul- und Forschungseinrichtungen, NRO, Experten, usw.

<sup>23</sup> „Charte d'engagement pour l'accès à l'eau et à l'assainissement“, in Comité français pour le Sommet mondial du développement durable, Johannesburg, 2002, *Livre blanc des acteurs français du développement durable*, Paris, Premier Ministre, 2002, S. 41-45, Zitate auf S. 42, (unsere Übersetzung).

<sup>24</sup> *Ibid.*, S. 43.

Dienstleistung bewerten und kontrollieren müssen. Ferner schreibt die Charta vor, dass die privaten Betreiber die Vertragsbestimmungen (Fortbestand der Dienstleistung, Umweltschutz) langfristig einhalten müssen. Schliesslich fordert die Charta von den Geldgebern, die Herrschaft (*maîtrise d'ouvrage*) durch die lokale Behörde zu stärken und der Behörde die Mittel an die Hand zu geben, ihre Dienstleistungen zu erbringen und ihre vertraglichen Delegationsverpflichtungen einzuhalten.

Im März 2004 haben die französischen Akteure des Wassersektors unter der Schirmherrschaft des Komitees für internationale Angelegenheiten der wissenschaftlichen und technischen Vereinigung für Wasser und Umwelt (Association scientifique et technique pour l'eau et l'environnement, ASTEE), ein Dokument<sup>25</sup> erarbeitet, das ihre gemeinsamen Initiativen zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele zusammenfasst: die Hilfe empfangenden Regierungen auffordern, ihre nationale Wasserpolitik festzulegen, eine abgestimmte Bewirtschaftung der knappen Wasserressource organisieren (um Konflikte über Wasser zu vermeiden), eine internationale Charta für den Zugang zu den Wasserversorgungs- und Sanierungsdiensten sowie für eine gute Regierungsführung fördern (der Text ist auf europäischer Ebene in Vorbereitung), die lokalen Körperschaften einbeziehen, die Finanzierungen erbringen und die Investition garantieren (insbesondere durch die Diversifizierung der Finanzierungsinstrumente, die eine potenzielle Hebelwirkung auf die mobilisierbaren Ressourcen haben können), die Solidarität unter den Wasserbenutzern erhöhen und die Fortschritte mittels einer „Wasserbeobachtungsstelle“ messen (die Internationale Normierungsorganisation (ISO) arbeitet an einem Indikatorensystem).

Für die französische Entwicklungsagentur (AFD) stellt die Wasserversorgung eine strategische Herausforderung dar. Die AFD ist der Ansicht, dass sich für den Wasser- und Sanierungssektor langfristige öffentlich-private Partnerschaften in „einem angepassten institutionellen Umfeld etablieren müssen, das Folgendes umfasst:

- ❑ eine Komponente sektorieller Regulierung;
- ❑ einen starken Einbezug der Partner und eine möglichst ausgeglichene Beziehung in einem nicht erstarrten Vertragsrahmen;
- ❑ eine angepasste Risikoteilung. Das Risiko muss demjenigen der beiden Partner zugeteilt werden, der ihm am besten standhalten kann;
- ❑ eine Kostenteilung, welche die Durchführung von Projekten mit geringer finanzieller Rentabilität erlaubt, die aber mit genügend starken positiven externen Effekten einhergehen“<sup>26</sup>.

<sup>25</sup> Comité des affaires internationales de l'ASTEE, *Accès à l'eau et à l'assainissement. Mobilisation des acteurs français pour un défi mondial!*, Paris, ASTEE, März 2004, 8 S.

<sup>26</sup> AFD, „La desserte en eau, un défi stratégique pour l'Agence française de développement“, August 2002, S. 3, einsehbar unter der Internetadresse der AFD: <[www.afd.fr](http://www.afd.fr)>publications >autres publications.

## Erfolg und Grenzen des französischen Modells delegierter Wasserbewirtschaftung

Bei den öffentlich-privaten Partnerschaften im Wasserbereich ist das am weitesten verbreitete Vertragssystem die so genannte „delegierte Wasserbewirtschaftung“ (gestion déléguée de l'eau), die den privaten Betreibern die Gesamtheit oder einen Teil des Betriebs der Infrastruktureinrichtungen überträgt, es der lokalen Körperschaft aber erlaubt, ihre Hoheits-, Organisations- und Kontrollbefugnisse über die Dienstleistung (besonders die Tarife) beizubehalten. Das System ist typisch für die französische Erfahrung und geht auf die ersten städtischen Wassernetze in diesem Land zurück (drei Viertel der Wasserversorgung in Frankreich beruhen zurzeit auf dieser Bewirtschaftungsform). Aufgrund dieser langen Erfahrung konnten die französischen multinationalen Firmen im Übrigen ihre Vorherrschaft über den Weltwassermarkt erringen.

Als Instrument internationaler Entwicklungszusammenarbeit hat sich die delegierte Bewirtschaftung besonders auf Kosten der „reinen Privatisierung“<sup>27</sup> der Infrastruktureinrichtungen im Wassersektor allmählich durchgesetzt, die lange Zeit von der Weltbank propagiert wurde, aber schliesslich zugunsten gemischter Bewirtschaftungsarten „nach französischem Muster“<sup>28</sup> aufgegeben wurde.

Jedoch ergeben sich bei der Verbreitung einer solchen Bewirtschaftungsform in den Entwicklungsländern zwei grosse Schwierigkeiten. Die erste betrifft „das Kompetenzgleichgewicht zwischen der delegierenden lokalen Behörde und dem privaten Beauftragten“<sup>29</sup>. Die lokale Behörde verfügt gegenüber dem Privatbetreiber in der Tat über einen beschränkten Handlungsspielraum, da sie ihm einerseits die Erwartungen der Bevölkerung übermitteln muss und andererseits der Bevölkerung über das unterbreitete Angebot Rechenschaft ablegen muss.

Die zweite grosse Schwierigkeit ist „das Fehlen einer Gesamtregulierung des Marktes der Wasserdienstleistungen auf Landesebene“<sup>30</sup>. Bevor diese Schwierigkeit nicht beseitigt ist, erscheint die Debatte über den Einsatz privater Betreiber bei der Erbringung wesentlicher Dienstleistungen wie die Wasserversorgung und die Sanierung als Scheindebatte, da die Betreiber weder die Fähigkeit, noch die Verpflichtung bzw. die Bestimmung haben, diese Dienstleistungen zugunsten der Bevölkerung in den Entwicklungsländern universal zu erbringen. „In dieser Hinsicht ist die Anführung von Effizienzgewinnen im Zusammenhang mit der Privatisierung der Wasserdienste wenig glaubhaft, es sei denn, man setze als Vorbedingung die wirksame Einsetzung einer angepassten Gesetzgebung und einer funktionierenden Regulierung voraus“<sup>31</sup>.

So ist die Initiative, im Rahmen des Alternativen Weltwasserforums (Forum alternatif mondial de l'eau, FAME) „den Einheitsdiskurs der Oligarchie des

<sup>27</sup> Entretien avec Jean-Noël Rouleau, „L'ambition française“, *Courrier de la Planète. Eau – Inventer la coopération internationale*, No 70, 2002, S. 53.

<sup>28</sup> Ibid.

<sup>29</sup> Damien Conaré, Elie Cohen und Henri Smets, „Vers une autorité mondiale de l'eau?“, in Thierry Giordano (coord.) et al., *Eau : encadrer les partenariats public-privé*, Les Notes de l'IDDRI, Paris, Institut du développement durable et des relations internationales (IDDRI), 2003, S. 32.

<sup>30</sup> Ibid.

<sup>31</sup> Thierry Giordano, „Avant-propos“, in Scott Vaughan, *Privatization, Trade Policy and the Question of Water*, Les Séminaires de l'IDDRI, No 9, Paris, IDDRI, 2003, S. 7, (unsere Übersetzung).

Wasserssektors, der den Einsatz der Privatwirtschaft als einzige fortan erwägbar Lösung propagiert<sup>32</sup>, oder „die zunehmenden Risiken einer derartigen ‚Vermarktung‘ eines allgemeinen Gutes der Menschheit“<sup>33</sup> anzuprangern, gewiss notwendig, aber nicht ausreichend. Die grossen Privatbetreiber im Wasser- und Sanierungssektor haben unleugbar Investitionsgelüste in ganz bestimmten Entwicklungsländern (zum Beispiel China), wobei sie alle anderen Länder (namentlich die am wenigsten entwickelten Länder) beiseite lassen, und es besteht die Gefahr, dass sie sich nur auf die lukrativen Geschäftsbereiche konzentrieren, ohne der realen, aber zahlungsunfähigen Nachfrage der Bevölkerung nachzukommen.

Um solche Szenarien soweit wie möglich zu vermeiden, sollte daher – namentlich anlässlich des 3. Weltwasserforums 2003 in Kyoto – eine Weltwasserbehörde geschaffen werden. Diese Behörde sollte sich mit den beiden oben erwähnten Schwierigkeiten befassen, indem sie die Transparenz der Auftragsvergabeverfahren und anschliessend die Vertragsbestimmungen überprüft und den privaten Betreibern die für ihre Investitionen in den Entwicklungsländern erforderliche Sicherung bietet, da diese Länder andernfalls nicht in den Genuss der Investitionen kämen. Eine weitere Aufgabe der Behörde wäre, die Fortschritte der internationalen Bemühungen im Hinblick auf die Millenniums-Entwicklungsziele, besonders betreffend den Wasser- und Sanierungsbereich, zu messen. Frankreich begrüsst die Schaffung einer solchen Behörde in diesem Sinne, jedoch erschweren besonders die mit der staatlichen Hoheitsgewalt verbundenen Fragen die Verhandlungen<sup>34</sup>.

## Schlussbemerkungen

---

Aus der Untersuchung der Praxis öffentlich-privater Partnerschaften in der deutschen und französischen Entwicklungszusammenarbeit unter Berücksichtigung der Millenniums-Entwicklungsziele lassen sich drei Hauptschlussfolgerungen ableiten.

Die erste Schlussfolgerung ist auf die wachsende Bedeutung zurückzuführen, die das Instrument der PPP seit der Festsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele gewonnen hat. Die Konferenz von Monterrey über die Entwicklungsfinanzierung, die im März 2003 stattfand, befürwortet den Einsatz privater Mittel beim internationalen Armutsminderungsengagement. Die Millenniums-Entwicklungsziele wurden als finanzielle Bedürfnisse quantifiziert, und die PPP erscheint damit als ein bevorzugtes Mittel, um die zu diesem Zweck benötigten Investitionen zu mobilisieren. Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, das im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) ausgehandelt wird und die fortschreitende Liberalisierung des Dienstleistungshandels zum Ziel hat, bildet einen zusätzlichen Einflussfaktor in Bezug auf die (erhöhte) Bedeutung, welche die PPP in der internationalen Entwicklungszusammen-

<sup>32</sup> Marc Laimé, „La ‚titrisation‘ du patrimoine public. Une nouvelle piste de financement de l'accès à l'eau et à l'assainissement dans le monde“, contribution au FAME 2005 sur „L'eau bien public, finance publique“, S. 2, (unsere Übersetzung).

<sup>33</sup> Ibid.

<sup>34</sup> Siehe den Beitrag von Mahaman Tidjani Alou in diesem Dossier, „Öffentlich-private Partnerschaft im Wassersektor des Nigers: Kartographie einer Reform“.

arbeit erlangen wird (oder auch nicht). Augenblicklich hat dieses Instrument unleugbar günstige Aussichten.

Die zweite Schlussfolgerung betrifft den hauptsächlichen Grund, der zur Dämpfung der durch das PPP-Instrument ausgelösten Begeisterung beiträgt. Oberhalb der Intervention des Privatsektors in PPP-Einsätzen ist der institutionelle Rahmen in den Empfängerländern oft mangelhaft. Hier liegt unbestreitbar der Ausgangspunkt für den Fehlschlag dieser Einsätze aus einer Perspektive der Armutsminderung, wie sie von den Millenniums-Entwicklungszielen angestrebt wird. Derartige Mängel machen alle Arten von Missbräuchen seitens der privaten Betreiber wie auch übrigens seitens der lokalen Behörden möglich. Wie dieser Situation abzuhelpen sei, ist zweifellos die erste Frage, welche die Gemeinschaft der Geberländer beantworten muss. Diesbezügliche Bemühungen sind im Gang.

Die dritte Schlussfolgerung ist grundlegender, da sie die Kohärenz der Geberländer bei der Ausübung ihrer Entwicklungshilfepolitiken tangiert. Diese Politiken wurden so gestaltet, dass sie den Millenniums-Entwicklungszielen entsprechen, deren Verwirklichung weiterhin ein internationales Engagement bildet. Die Erreichung dieser ehrgeizigen Ziele sollte die gesamte Aufmerksamkeit der Geberländer und den Einsatz aller ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, einschliesslich der PPP-Projekte, in Anspruch nehmen. Bei der Umsetzung solcher Projekte muss der öffentliche Partner, um die Kohärenz seiner Entwicklungspolitik zu garantieren, darauf achten, dass der private Partner den Vorrang des Entwicklungsziels mitträgt, welches der öffentlich-privaten Partnerschaft zugrunde liegt. Zwar stehen private Interessen auf dem Spiel, doch sollten sie nicht den Zielen internationaler Entwicklungszusammenarbeit, vor allem den Millenniums-Entwicklungszielen, zuwiderlaufen. Um dies zu gewährleisten, erscheint ein Regulierungsmechanismus als ein zentraler Bestandteil der Partnerschaft, wie auch als Garant einer besseren Kohärenz und einer grösseren Effizienz der Hilfe.

## Bibliographie

### Deutschland

- Ashoff, Guido, „Germany’s Development Co-operation Policy since the Early 1990s: Increased Conceptual Ambitions in Times of Severe Financial Constraint“, in Hoebink, Paul, Stokke, Olav (dir.), *Perspectives on European Development Co-operation: Policy and Performance of Individual Donor Countries and the EU*, London, New York, Routledge, 2005.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), *Zwölfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung*, Materialien. Nr. 131, Bonn, Mai 2005, 299 S.
- Comité d’aide au développement (CAD), *Examen en matière de coopération pour le développement. Allemagne 2001*, Les Dossiers du CAD, vol. 2, no 4, Paris, OCDE, 2002, 68 S.
- Demtschück, Elke, *Strategische Allianzen zwischen Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit*, DIE Studien, Nr. 5, Bonn, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), 2004, 144 S.
- Hoering, Uwe, „Panacea PPP: Public Private Partnerships in German Development Co-operation“ (Zusammenfassung von „Zauberformel PPP“. „Entwicklungspartnerschaften“ mit der Privatwirtschaft. *Ausmass – Risiken – Konsequenzen*, WEED Arbeitspapier, Bonn, World Economy, Ecology and Development [WEED], Oktober 2003, 46 S.), 6 S.

### Frankreich

- Agence française de développement (AFD), Dossier „Les ‚mutations imprévues‘ : état des lieux de l’aide publique au développement“, *Afrique contemporaine*, no 213, 2005, S. 13-131.
- Comité d’aide au développement (CAD), *Examen par les pairs. La France*, Paris, OCDE, 2004, 115 S.
- Chassiron, Anna (DE), „La politique française d’aide au développement: la réforme de 1998 face aux défis de demain“, mémoire, Paris, Ecole nationale d’administration, Februar 2004, 57 S.
- Gabas, Jean-Jacques, „French Development Co-operation Policy“, in Hoebink, Paul, Stokke, Olav (dir.), *Perspectives on European Development Co-operation: Policy and Performance of Individual Donor Countries and the EU*, London, New York, Routledge, 2005, S. 242-266.
- (dir.), *L’aide publique française au développement*, Etudes de la Documentation française, Paris, La Documentation française, 2005, 171 S.

Die öffentlich-private Partnerschaft (PPP) hat seit Beginn des neuen Jahrtausends vor dem Hintergrund des „neuen politischen Paradigmas“ Einzug in den Wortschatz der Entwicklungszusammenarbeit gehalten. Allerdings gibt es keine allgemein akzeptierte Definition der PPP, welche den verschiedenen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit als Referenz dienen könnte; überdies ist der Begriff ungenau. Ziel des vorliegenden Dossiers ist es, ein Konzept zu umreissen, es in der Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit zu verankern und die Potenziale und Grenzen aufzuzeigen.

In diesem Werk kommen die verschiedenen Autoren – Vertreter der Akademikerkreise, der Entwicklungsagenturen, der NGO und des Privatsektors – zu Wort. Generell stellen sie fest, dass die Förderung der Partnerschaften und die Neudefinition der jeweiligen Verantwortlichkeitsbereiche des öffentlichen und des privaten Sektors Probleme aufwerfen dürften. Unter dem Vorwand der Qualitätsverbesserung und des Zugangs zu den wesentlichen Diensten führten diese Politiken – in Verbindung mit Privatisierungen – zu bisweilen kontroversen Ergebnissen. Über die Hälfte der Artikel ist den PPP im Wassersektor gewidmet und mit veranschaulichenden Beispielen illustriert.

Die Feststellung drängt sich auf, dass neue Bündnisse wie beispielsweise die PPP die Praktiken der Entwicklungszusammenarbeit noch komplexer gestalten. Die Umsetzung von Projekten, an denen sich Partner mit unterschiedlichen Motivationen oder Interessen beteiligen, setzt einen engen Dialog und Verhandlungen voraus. Ausserdem betreffen die öffentlich-privaten Partnerschaften nicht nur Staats- oder Regierungsstellen und Privatunternehmen, sondern auch die Benutzer. Damit stellt sich die Frage der Integration der Benutzer als vollwertige Partner.

Das vorliegende Dossier verfolgt den Zweck, eine Diskussion einzuleiten, in der die interessierten Kreise die verwendeten Konzepte vertiefen und klären können. Es soll auch die unterschiedlichen Erwartungen an die PPP verdeutlichen, damit diese wirklich zu den Entwicklungszielen beitragen können.

Autorinnen und Autoren: Gilles Carbonnier, Brigitte Chassot Gétaz, Sylvie Cohen, Kathi von Däniken, Edouard Dommen, Christine Eberlein, Werner Gruber, Sabine Hoffmann, Stefanie Koch, Frédéric Lapeyre, Judith Richter, Dieter Rothenberger, Catherine Schümperli Younossian, Mahaman Tidjani Alou, Xavier Tschumi Canosa, Peter Ulrich, Florian Wettstein, Thomas Zeller.